



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR MOBILITÄT, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 10.06.2021, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal (Hybrid-Sitzung)

ÖFFENTLICH

TOP 1 Polizeiliche Kriminal- und Unfallstatistik
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Sitzung findet in einem hybriden Format statt. Hierzu ist im Vorfeld die gewünschte Teilnahme abgefragt und auf Wunsch an die Stadträtinnen und Stadträte, die Presse und die beteiligten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ein Link verschickt worden. BM Ilk prüft die Anwesenheit der Ausschussmitglieder vor Ort und digital. Online zugeschaltet sind Stadträtin Gericke, Stadtrat Handel und Stadträtin Dr. Knoß. Für die Bürgerschaft findet eine Übertragung in den kleinen Saal des Kulturzentrums statt. Nachdem BM **Ilk** die Beschlussfähigkeit festgestellt hat und es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Der **Leiter des Polizeireviers Ludwigsburg** stellt die polizeiliche Kriminal- und Unfallstatistik 2020 anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, vor.

BM **Ilk** bedankt sich für den Vortrag und eröffnet die Aussprache.

Durch die Statistik können Veränderungen gut erkannt werden, so Stadtrat **Handel**. Bereiche des öffentlichen Raums sollen übersichtlich gestaltet und Angsträume vermieden werden. Er fragt nach den hohen Sachbeschädigungen in der Weststadt, die Entwicklung des Unfallgeschehen bei Tempo 40, dem Umgang mit Posern und nach der Verkehrssicherheit der E-Scooter.

Stadtrat **Herrmann** wünscht künftig einen Einblick in die Statistik vorab. Die statistische Trennung der Weststadt und des Bahnhofsumfeldes sei gut. Er stellt Fragen zur Gewalt gegen Polizeibeamte sowie zur Internetkriminalität und die Zusammenarbeit mit der IHK.

Stadtrat **Maier** befürwortet ebenso die Einsicht in die Präsentation im Vorfeld der Sitzung. Er fragt nach der Dunkelziffer bei häuslicher Gewalt und Kindeswohlgefährdung.

Stadtrat **Haag** wünscht eine Datenerhebung hinsichtlich der Unfallverursacher. Jedoch nur, wenn der Aufwand vertretbar sei. Weiter will er wissen, ob es ein Abstandsgebot zwischen Radfahrern und Fußgängern gebe.

Ein Unfallschwerpunkt solle bereits bei einer geringeren Anzahl an Unfällen begründet werden, regt Stadtrat **Müller** an. Zudem geht er auf den Konflikt zwischen Fußgängern und Radfahrern ein.

Der **Leiter des Polizeireviers Ludwigsburg** geht auf die offenen Fragen ein. Die genaue Art der

Sachbeschädigungen in der Weststadt seien aus der Statistik nicht erkennbar. Er nimmt diese Frage mit, wie auch die Frage zu den Auffahrunfällen bei Tempo 40. Mit verschärften Kontrollen wolle man den Auto-Posern begegnen. Hierfür sei ein Kontrollteam eingerichtet worden. Zum Herbst werde es eine Änderung des Bußgeldkataloges geben. In Ludwigsburg gebe es keine organisierte Poser-Szene. Eine große Hilfe sei bezüglich der Gewalt gegen Beamte die Bodycam. Bundesweit werde eine hohe Dunkelziffer zur häuslichen Gewalt vermutet. Zur Internetkriminalität gebe es Präventionsprojekte. Ein gesetzlicher Mindestabstand zwischen Radfahrer und Fußgänger gebe es nicht. Die Statistik zeige bei den Unfallfolgen keine Auslöser an. Hierzu sei eine händische Erhebung und einzelne Auswertung erforderlich. Weiter geht er auf die E-Scooter ein und sieht diese als unproblematisch an. Aufmerksam macht er auf die Promille-Grenze. Mithilfe der Stadtkarte seien Unfallhäufungen und Verkehrsunfälle gut erkennbar. Die Verkehrsunfallkommission klärt die Verkehrsbeziehungen vor Ort. Künftig werde die Präsentation im Vorfeld der Sitzung verschickt.

Stadtrat **Zeltwanger** geht auf die allgemeine Entwicklung der Unfallzahlen in Relation zum Verkehr und die Entwicklung des Radverkehrs ein. Zudem spricht er die sicheren Schulwege an.

Zu Schulwegeunfällen müsse eine spezielle Unfallforschung erfolgen, so der **Leiter des Polizeireviers Ludwigsburg**. Hierzu sollten die Fachleute befragt werden.

Der **Fachbereichsleiter** (Sicherheit und Ordnung) dankt für die hervorragende Zusammenarbeit.

Zu den Verkehrsthemen und der Entwicklung der Verkehrszahlen werde der Fachbereich Mobilität hinzugezogen, so BM **Ilk**. Er dankt ebenso und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf den interfraktionellen Antrag.
Siehe Tagesordnungspunkt 2.1

geänderter Antragstext:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Parkgebühren und Parkdauer in der Weststadt im Gebiet W3 umgehend an die Preise und die Parkdauer der anderen Gebiete (W1, W2, W4 und W5) anzugleichen, **ausgenommen Monatstickets**.
2. In weiteren Schritten muss über die Evaluierung der Parkraumzonen nach 1 – 2 Jahren gesprochen werden.
3. Ebenso ~~muss~~ **soll** über die Wiedereinführung von Besucherparkausweisen ~~gesprochen~~ **geprüft** werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf den interfraktionellen Antrag.

Der **Leiter des Fachbereiches** Nachhaltige Mobilität berichtet über das Parkraumkonzept Süd- und Weststadt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** geht auf den interfraktionellen Antrag ein. Manche Bestandteile seien durchaus richtig, jedoch habe sich ihre Fraktion nicht beteiligt, da der Antrag sehr überstürzt gestellt wurde. Sie lobt den durchgeführten Workshop. Satzungsänderungen sollen gut überlegt werden. Die Art und Weise der Unterschriftensammlung sieht sie als fragwürdig an. Bisher werde bei Anwohnerparkausweisen großzügig verfahren. Ursächlich sei der Impuls aus dem Gebiet gekommen. Hier gebe es einen enormen Parkdruck. Viele Häuserblocks haben keine eigenen Parkplätze. Fremde sollen möglichst aus diesem Gebiet herausgehalten werden. Die Tagesticketpreise könne man angeleichen, jedoch solle man von einem Monatsticket absehen. Das Gebiet sei schwer mit anderen Gebieten vergleichbar. Die Bahnhofsnähe habe positive wie auch negative Auswirkungen. Sie wünscht eine Verschiebung des Gebietszuschnitts der Zone 2 bis zur Martin-Luther-Straße. Der jetzige Zuschnitt fördere den Parksuchverkehr, auch wegen der fußläufigen Erreichung der Innenstadt. Weiter geht sie auf die Radwege in diesem Bereich ein und wünscht eine verbesserte Situation für Fußgänger und Radfahrer. Der Straßenrand solle nicht lückenlos zugeparkt werden. Zudem sollen die Parkhäuser benutzt werden. Die Firmen sollen ein betriebliches Mobilitätsmanagement mit alternativen Möglichkeiten vorweisen. Das Monatsticket für Gewerbe müsse in einem gründlichen Prozess beraten werden. Die Kurzzeitparkplätze vor kleinen Bäckereien seien sinnvoll, jedoch müsse die Gleichbehandlung beachtet werden.

Derzeit gebe es aufgrund der Pandemie keine belastbaren Zahlen und eine reelle Erhebung nicht möglich, merkt Stadtrat **Klotz** an und wünscht eine Evaluierung in 2 bis 3 Jahren. Er dankt für die Präsentation. Seine Fraktion könne mitgehen. Das Gesamtsystem müsse untersucht werden, unter anderem auch die Pendlerströme, wie auch die generelle Einführung der Brötchentaste sowie das Monatsticket. Weiter geht er auf die Gebührenerhöhung der Bewohnerparkausweise ein. Er verliert

hierzu einen interfraktionellen Antrag gemeinsam mit der FW-Fraktion und der FDP-Fraktion. Dieser wird der Verwaltung noch zugehen.

Heute werde keine Abstimmung erfolgen, so BM **Ilk**. Er wünscht jedoch ein Statement und Votum zum weiteren Vorgehen.

Der interfraktionelle Antrag sei weitgehend berücksichtigt, ergänzt der **Leiter des Fachbereiches** Nachhaltige Mobilität.

Stadtrat **Rothacker** wünscht eine Antragsabstimmung, so könne eine Satzungsänderung vorbereitet werden. Prinzipiell sei der Antrag eingearbeitet worden.

Ohne den Antrag würde heute dieses Thema nicht diskutiert werden, merkt Stadträtin **Liepins** an. Vieles sei in der damaligen Diskussion, wie das Besucher- und Monatsticket, noch unklar gewesen. Zudem waren mehrere Bewohnerparkausweise angedacht. Sie geht auf die ursprüngliche Zielsetzung der Parkraumbewirtschaftung ein. Man wollte die Anwohner vom Parksuchverkehr und Fremdverkehr entlasten. Sie kann mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen. Weiter geht sie auf übergreifende Parkbewirtschaftungszonen ein. Im Grenzgebiet solle ebenso geparkt werden können. Dies müsse in einem Workshop diskutiert werden. Durch das kostenlose 30-minütige Parken im Parkhaus wollte man einen Anreiz für Besucher der Innenstadt schaffen, um einen Parksuchverkehr zu vermeiden. Sie könne mit einer Kurzdauer von 15 Minuten oberirdisch mitgehen. Die Umsetzung sei vermutlich schwierig. Von der Martin-Luther-Straße zur Innenstadt sei es fußläufig zu weit und sie sieht darin keine Problematik. Zudem stellt sie die Bewirtschaftung bis 19 Uhr in Frage und könne sich eine zeitliche Befristung bis 17 Uhr vorstellen. Sie wünscht ebenso eine Abstimmung über den Antrag.

Stadtrat **Haag** schließt sich den Vorrednern an. Die Kritik von Stadträtin Dr. Knoß zur Bewertung der Unterschriftensammlung habe ihn verwundert. Man müsse die bestmögliche Ausnutzung unter Berücksichtigung aller Interessen im Gebiet erreichen. Eine Nachjustierung sei normal und gut. Die Bedürfnisse der Bewohner sollen berücksichtigt werden. Seine Fraktion kann mit dem Verwaltungsvorschlag mitgehen. Er fordert ebenso eine Abstimmung über den Antrag. Die Erweiterung der Parkberechtigungsoptionen sei sinnvoll. Er kritisiert die fehlende Verkehrsüberwachung.

Eine Erweiterung der Parkzonen sei sinnvoll, so Stadtrat **Müller**. Weiter will er wissen, wie mit den Gewerbetreibenden umgegangen werde.

Man brauche eine praktikable Lösung für die 15-minütige Parkdauer, fordert Stadtrat **Herrmann**. Sofern keine gute Kontrolle möglich sei, wäre eine 30-minütige Dauer auch sinnvoll. Mit einer zeitlichen Befristung der Parkraumbewirtschaftung bis 17 Uhr könne er mitgehen.

Die Weststadt sei ein traditioneller Arbeitsstandort, merkt Stadtrat **Zeltwanger** an. Die Parkraumbewirtschaftung solle im Interesse der Bewohner und der Arbeitnehmer stehen. Er dankt für das Engagement der Bürgerinitiative. Man müsse Arbeiten und Wohnen möglich machen. Dies müsse dringend inhaltlich politisch diskutiert werden.

Der **Fachbereichsleiter** (Nachhaltige Mobilität) geht auf die offenen Fragen ein. Das Gewerbeticket und das betriebliche Mobilitätsmanagement werden in das weitere Verfahren aufgenommen. Die Änderung der Zonen müsse abgestimmt werden. Er weist darauf hin, dass der Antrag in der jetzigen Form in Ziffer 1 modifiziert werden solle. Eine Untergliederung der Zonen müsse aus

Verwaltungssicht nicht sein. Jedoch müsse die Straßenverkehrsordnung beachtet werden. Weiter geht er auf die Kontrollen und die derzeitige Personalsituation ein. Die Gewerbeausweise seien für Beschäftigte, Gewerbetreibende erhalten eine Freistellung. Die 15-minütige Parkdauer sei mit der Straßenverkehrsbehörde geklärt. Ein generelles Kurzzeitparken sei heute nicht Gegenstand der Diskussion. Er weist darauf hin, dass ein kleines Stück von W4 in der Gebührenzone 1 liege und empfiehlt, dass alles westlich bisher in Zone 1 liegende, in Zone 3a umgelegt werde.

Stadtrat **Rothacker** formuliert einen modifizierten Antrag, wie oben abgedruckt.

Anliegerstraßen sollen ebenso berücksichtigt werden, ergänzt Stadtrat **Haag**.

Stadtrat **Herrmann** regt an, dass der Antrag nicht auf die Anliegerstraßen ausgeweitet, sondern als Anregung mitgenommen werden solle.

Stadträtin **Dr. Knoß** erklärt ihr Abstimmungsverhalten. Sie wünscht weiterhin eine Erweiterung der Parkzone 2 und wird im Nachgang hierzu einen Antrag stellen. Deshalb werde sie sich heute enthalten.

BM **Ilk** lässt über den geänderten Antrag, wie oben abgedruckt, abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat nimmt das Projekt LINOx bei Arbeitgebern zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird innerhalb der gemäß §9 I Nr. 3 der Hauptsatzung der Stadt Ludwigsburg geltenden Wertgrenzen ermächtigt, die Maßnahmen zur Umsetzung des Projektes zu veranlassen.
3. In einem ersten Schritt soll ein Förderantrag in Höhe von ca. 596.000,- € gestellt werden. Bei entsprechender Resonanz sollen weitere Anträge auf Aufstockung und Zuweisung weiterer Fördermittel gestellt werden. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Fördermittel in der jeweiligen Höhe anzunehmen.
Ausgaben und Einnahmen fallen in gleicher Höhe an. Für den städtischen Haushalt entsteht keine Mehrbelastung.
4. Die Durchführung des Projekts ist an die Förderzusage gekoppelt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat Maier

Der Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Nachdem ein Sachvortrag nicht vorgesehen ist, eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Stadtrat **Müller** geht auf die Landesmittel in Höhe von 1,5 Millionen ein und fragt in welcher Höhe mit einer Förderung zu rechnen sei.

Stadtrat **Klotz** fragt, ob die Stellplätze der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, insbesondere am Wochenende.

Stadtrat **Zeltwanger** fragt, ob die Förderung von 100 % auch für Fundamente, Anschlusskabel, Ladesäule sowie Service gelte und fragt weiter, wem die Ladesäulen gehören. Zudem wünscht er Synergien und Kooperationsansätze gemeinsamer Standorte, unter anderem mit der Diakonie.

Stadträtin **Gericke** fragt nach der technologischen Offenheit.

Der **Fachbereichsleiter** sowie ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches (Nachhaltige Mobilität) gehen auf die offenen Fragen ein. Die Kostenzusage liege bei 500.000, -- Euro mit einer weiteren Option. Die Standorte müssen sich in einem halböffentlichen Raum befinden. Die Stellplätze stehen somit der Öffentlichkeit nicht ständig zur Verfügung, werde aber angestrebt. Die Ladesäulen stehen auf privatem Grundstück der Unternehmer. Der Eigentumsübergang erfolge nach drei Jahren. Genaue Details müssen noch geregelt werden. Hier stehe man im Austausch mit der Stadt Aachen, welche dieses Projekt bereits umgesetzt habe. Den Unternehmen werden die Ladeinfrastruktur für den Unternehmensfuhrpark sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Kunden und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Kooperationen und Synergien stehe man offen gegenüber. Hier müssten die Unternehmen auf die Verwaltung zukommen. Die Förderung liege bei 100 %. Die Anschlüsse seien gängig und genormt und für sämtliche Fahrzeuge möglich. Die Verwaltung habe die Funktion des Initiators und keinen finanziellen Aufwand.

BM **Ilk** lässt über die Vorlage abstimmen.

geänderte Beschlussempfehlung:

1. ~~Den~~ **Die** Abwägungsvorschlägen zu den Rückmeldungen der Träger öffentlicher Belange ~~wird~~ **zugestimmt werden zur Kenntnis genommen** (Anlage 1).
2. ~~Den~~ **Die** Vorschlägen zur weiteren Berücksichtigung der Anregungen und Bedenken aus der Bürgerschaft bei der Aktualisierung des Lärmaktionsplans ~~wird~~ **zugestimmt werden zur Kenntnis genommen** (Anlage 2).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Lärmaktionsplan entsprechend den Beschlüssen über die Abwägung als Grundlage für die endgültige Verabschiedung zu aktualisieren. Die folgenden Maßnahmenvorschläge werden im Entwurf des Lärmaktionsplans aufgenommen:
 - Detailprüfung von Tempo 40 ganztags auf der gesamten Heilbronner Straße (B27), auch auf dem Abschnitt zwischen Reuteallee und Marienstraße. Damit wird eine durchgängige Regelung für die B27 zwischen der Reuteallee und dem Ortsausgang Süd angestrebt. Zusätzlich werden die Gebäude der Stresemannstraße deutlich vom Lärm entlastet.
 - Kurzfristige Beantragung von Tempo 30 km/h ganztags auf der Achse Wilhelmstraße – Arsenalstraße – Schillerplatz statt einer kurz- bis mittelfristigen Einführung nach Prüfen der Folgen für den Busverkehr. Damit erhält die Temporeduzierung in der Wilhelmstrasse eine höhere Priorität als in der Vorlage 319/20 dargestellt. Aufgrund der massiven Einflüsse auf den Busverkehr wird der Beschluss als kurzfristiger Auftrag aufgefasst, die Auswirkungen auf den Busverkehr möglichst zu minimieren und anschließend eine Reduzierung auf Tempo 30 einzuführen.
 - Gestrichen wurde der explizite Auftrag, kurz bis mittelfristig eine stadtweite Einführung von Tempo 30 ganztags oder Tempo 40 tags / Tempo 30 nachts zu prüfen. Für einzelne Straßenabschnitte wird das Ziel weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Der geänderte Beschluss erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität informiert zum Thema anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes sei wichtig und ein Gesundheitsschutz für die Bürgerschaft, merkt Stadträtin **Gericke** an und plädiert dafür noch mehr Straßen in die Tempolimits einzubeziehen, wie auch von den Bürgern gefordert und spricht den Brief des Stadtteilausschusses Eglosheim an. Sie fragt, ob die Anregungen noch Berücksichtigung finden. Es sollen vermehrt Geschwindigkeitskontrollen stattfinden und wünscht Konzepte gegen Auto-

Poser.

Stadtrat **Herrmann** fällt eine pauschale Zustimmung der Ziffern 1 und 2 schwer. Die Vorlage sei sehr umfangreich. Er will wissen, was konkret aufgenommen werde. Die Kenntnisnahme der Abwägungsvorschläge sehe er als ausreichend an. Die konkret in den Lärmaktionsplan einzuarbeitenden Punkte werden in einer aktualisierten Fassung vorgelegt. Für die B27 solle durchgängig Tempo 40, auch nachts, geregelt sein und fragt nach der Wertung zu Ziffer 3. Er geht auf den Vorschlag der IHK ein. Die Elektromobilität, Flottenmodernisierung und somit leiseren Fahrzeuge machen restriktive Maßnahmen nicht mehr erforderlich und fragt, ob dies in die Lärmberechnung eingearbeitet werde. Weiter nennt er unter anderem die Mitnutzung des Standstreifens auf der A81. Staus sollen vermieden und der Verkehr verflüssigt werden. Dies trage ebenso zum Lärmschutz und zur Minderung der Abgase bei. Zudem geht er auf die Stellungnahme des Busunternehmens ein. Eine Verlangsamung des Verkehrs könne die Attraktivität des Busverkehrs reduzieren und die Wirtschaftlichkeit der Wagenumläufe beeinträchtigen.

Stadtrat **Rothacker** schließt sich dem Vorredner an. Die Ziffern 1 und 2 sollen zur Kenntnis genommen werden, ansonsten könne er zustimmen. Der Lärmaktionsplan sei bereits im November beraten und die Anmerkungen eingearbeitet worden.

Die Änderung zu Ziffer 1 und 2 wünscht auch Stadträtin **Liepins**, ansonsten könne sie der Vorlage zustimmen. Die B27 solle durchgängig auf 40 reduziert werden. Tempo 40 in Eglosheim, auch nachts, könne sie sich vorstellen. Tempo 30 in der Wilhelmstraße und Arsenalstraße werde gewünscht. Die Marbacher Straße solle ebenfalls auf Tempo 40 reduziert werden.

Bei einer Tempodrosselung und daraus resultierender Busverlangsamung müsse den Fahrern die Möglichkeit gegeben werden die Zeiten einzuholen, merkt Stadtrat **Haag** an. Weiter geht er auf die Geräuscentwicklung beim Beschleunigungsvorgang ein und fragt nach einem Flüsterasphalt oder baulichen Maßnahmen im Bereich von Tempo 30 bis 50. Mit der Kenntnisnahme zu Ziffer 1 und 2 kann er ebenso mitgehen.

Stadtrat **Müller** fragt nach einer kurzfristigen Einführung von Tempo 30 auf der Wilhelmstraße. Ihm ist hier das Vorgehen nicht klar. Der Bus müsse zügig vorankommen und eine Busbeschleunigung priorisiert werden.

Stadtrat **Herrmann** wünscht eine Aufklärung zum lärmoptimierten-, lärmindernden- und Flüsterasphalt.

Ein nachvollziehbares Gesamtkonzept zur Mobilität fordert Stadtrat **Zeltwanger**. Weiter geht er auf die Schallschutzfenster ein. Diese werden nicht positiv bewertet.

Der **Leiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität und ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches gehen auf die offenen Fragen ein. Heute werde eine Abwägung beschlossen. Hierdurch entstehe keine direkte Verbindlichkeit. Die LVL habe in bestimmten Bereichen ihre Bedenken vorgebracht. Die einzelnen Maßnahmen werden erneut besprochen. Eine einheitliche Gestaltung wird angestrebt. Man müsse jedoch die Voraussetzungen und Begründungen mit dem Regierungspräsidium absprechen. Die Standstreifenfreigabe sei eine Entlastung. Man stehe in einem engen Austausch mit der LVL. Das wichtigste Kriterium sei ein stetiger Fahrverlauf. Man wolle eine einheitliche

Geschwindigkeit erreichen.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen geht auf die Vorlage Nr. 381/16 ein und informiert über die verschiedenen Asphaltarten.

Für die B 27 sollte Tempo 40 tagsüber im gesamten Stadtgebiet als Zielsetzung sein, so Stadtrat **Meyer**.

BM **Ilk** merkt an, dass ein Geschwindigkeitsflickenteppich nicht gewünscht sei. Man brauche jedoch konkrete Begründungen wie, Lärm oder Schadstoffe. Er lässt über die geänderte Beschlussempfehlung, wie oben abgedruckt, abstimmen.

Beschluss:

1. Projektbeschluss für das Vorhaben „Grünzug Riedgraben“ in Eglosheim mit einer Projektkostensumme von 981.000,-- € (brutto). Hiervon werden 427.000,-- € Fördergelder vom Verband Region Stuttgart zur Verfügung gestellt. Die voraussichtliche finanzielle Beteiligung der Stadt LB beläuft sich auf 554.000,-- € (brutto). In dieser Projektkostensumme sind die Planungsleistungen für das Büro Planstatt Senner in Höhe von 115.000,-- € (brutto) enthalten.
2. Da es zum Zeitpunkt des Haushaltsbeschlusses 2021 noch keine Förderzusage gab, wurde das Projekt im jetzigen Haushalt nicht berücksichtigt, wird aber mit diesem Projektbeschluss in den Haushalt 2022ff aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Die **Fachbereichsleiterin** (Tiefbau und Grünflächen) geht auf die Vorlage ein. Die Anregungen aus dem Stadtteil seien aufgenommen worden. Noch nicht alle Grundstücke seien im Besitz der Stadt. Hier sei man in Abstimmung mit den Eigentümern. Die Umsetzung solle im Jahr 2022 erfolgen.

BM **Ilk** eröffnet die Aussprache.

Das Projekt und die Zuschussunterstützung bieten eine große Chance für die Renaturierung, so Stadtrat **Handel**. Als Vorsitzender des Naturschutzbundes habe er eine finanzielle Unterstützung von 35.000, --Euro bereits zugesagt. Er dankt den Anwohnern, örtlichen Vereinen, Schulen und ortsansässigen Firmen. Er will wissen, ob der Geländesprung mit einer Treppenanlage abgefangen werde und ob hier eine Barrierefreiheit möglich sei. Weiter wünscht er Angaben zum Zeithorizont für den Abschnitt 5 und der Abschnitt bis zur Kläranlage.

Stadtrat **Meyer** dankt für dieses schöne Projekt und dies könne durch die Förderzusage, auch bei der derzeitigen Haushaltslage, umgesetzt werden. Er fragt nach den Abstimmungen mit den Grundstücksbesitzern und ob eine Ausgleichsfläche vorgesehen sei. Dies sei offenbar noch nicht erfolgt, so die Rückmeldung aus dem Stadtteil. Weiter fragt er nach der Planung weiterer Teile und dem Ausbau der Serpentina sowie der nächtlichen Beleuchtung. Zudem wünscht er vor Beauftragung eine Begehung mit dem Stadtteilausschuss. Eine ehrenamtliche Mitarbeit sei aus dem Stadtteil signalisiert worden.

Stadtrat **Rothacker** merkt an, dass Fördergelder ebenso Steuergelder seien. Er will wissen, ob es für die Bereitstellung eine zeitliche Befristung gebe.

Stadtrat **Maier** unterstützt das Vorhaben und wünscht eine Bürgerbeteiligung, Einbindung und Mitwirkung der Bürgerschaft in das Projekt.

Stadtrat **Haag** schließt sich den Vorrednern an.

Die **Fachbereichsleiterin** dankt für die positiven Rückmeldungen und geht auf die offenen Fragen ein. Das Engagement vor Ort sei sehr gut und die ehrenamtliche Arbeit werde sehr gerne in Anspruch genommen. Das Gebiet werde aufgewertet und nutzbar. Mit den Steuergeldern werde wertig umgegangen. Man wolle eine gute Durchwegung erreichen. Zum Geländesprung müsse eine Lösung gefunden werden. Der Zeithorizont über den Förderantrag hinaus könne nicht genannt werden. Bewusst sei die Gestaltung und die Abschnitte so gewählt, dass ein fließender Fortgang nicht zwingend sei. Die Abstimmung mit den Eigentümern sei erfolgt, sie wird dies jedoch nochmal mit dem Fachbereich Liegenschaften klären. Es sei eine zurückhaltende, intelligente Beleuchtung vorgesehen. Man stehe in einem intensiven Austausch mit dem Stadtteilausschuss. Mit einer Entwurfsskizze könne man in eine tiefere Diskussion einsteigen. Die Fördergelder müssen bis Ende 2023 abgerufen werden. Dies sei ein realistischer Zeitraum.

BM **Ilk** stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die Mitteilungsvorlage und erteilt den Antragstellern das Wort.

Stadtrat **Haag** dankt für die ausführliche Darstellung. Für eine klimaneutrale Stadt müsse vermehrt der Fokus auf die Aufforstung und Erstellung von positiven CO2 Speichern gerichtet werden, wie auch die Wiederpflanzung von gefälltten Bäumen. Man solle sich nicht nur auf das Thema Vermeidung und Ausstoß konzentrieren. Ernstgenommen müsse anstatt dem geplanten Gebiet Fuchshof ein Wäldchen entstehen, jedoch sieht er auch die Zielkonflikte. Er sieht den Antrag als erledigt an.

Der Raum in der Stadt sei begrenzt, so Stadträtin **Dr. Knoß** und durchgängige Grünstreifen aufgrund der Parkplätze nicht möglich. Sie lobt den Fachbereich für die gute Arbeit. Mit einem geringeren Stellplatzschlüssel könne man einige Bäume erhalten, merkt sie an. Viele Baumbeete seien vergrößert worden, äußert sie erfreut und regt an, die Blühmischungen zu überdenken, da zu früh und kurz gemäht werde. Sie plädiert für mehr Entsiegelung, um mehr Grün zu schaffen.

Stadtrat **Maier** sieht an den Wegen in den Außenflächen noch Potential und wünscht ebenso mehr Grün und Baumpflanzungen. Hierdurch könne die Naherholung verbessert und mit kleinen Maßnahmen viel erreicht werden.

Leider sei an der Straße nicht jede Nachpflanzung möglich, da die Pflanzbeete zu klein seien, so die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen. Wenn möglich, versuche man die Pflanzbeete zu vergrößern.

BM **Ilk** schließt den Tagesordnungspunkt.

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Haag** sieht den Antrag als erledigt an.

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** verweist auf die Mitteilungsvorlage und eröffnet die Aussprache.

Der Baumerhalt solle als oberste Priorität gesehen werden, so Stadträtin **Dr. Knoß** und freut sich über die Vorlage. Kritik äußert sie zur Begrünung des Transformationsgebietes. Der Rollrasen sei ökologisch keine Aufwertung. Zudem müsse Personal für die Bewässerung zur Verfügung stehen.

Die **Leiterin** des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen berichtet von einer positiven Entwicklung. Der Antrag für das Programm „Modellprojekte zur Klimaanpassung und Modernisierung in urbanen Räumen“ war erfolgreich. Ludwigsburg bekommt 198.000 Euro für das Projekt Ehrenhof. Durch eine Entsiegelung und Begrünung der Fläche kann die Aufenthaltsqualität im Ehrenhof erhöht und ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Ludwigsburger Stadtklimas geleistet werden.

Stadtrat **Rothacker** begrüßt die Entsiegelung und fragt nach der Zeitschiene.

Die **Fachbereichsleiterin** merkt an, dass man mit den Angrenzern zeitnah in den Austausch gehe.

Die Maßnahme sei auch für die Mitarbeiter in den Obergeschossen wichtig, so BM **Ilk** und sieht die Anträge durch die heutige Beratung als erledigt an. Die temporäre Begrünung sei deutlich spürbar gewesen.

BM **Ilk** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist durch die Mitteilungsvorlage als erledigt anzusehen.

Beratungsverlauf:

Der Antrag ist durch die Mitteilungsvorlage als erledigt anzusehen.